

Gedruckt, gelesen, gelittert

Die Pendlerzeitung «ch» segnete im Mai 2009 das Zeitliche, «Cash daily» ist ebenfalls Vergangenheit, «News» folgte sieben Monate später ins Zeitungsgrab. Übrig blieben «20 Minuten» und «Blick am Abend». Und schon finden alle, die von Berufs wegen mit der wilden Entsorgung von Pendlerzeitungen zu tun haben: Die Situation hat sich merklich entspannt. Aus der Welt geschafft ist das Problem aber trotzdem nicht, auch darüber herrscht Einigkeit. Unterschiedlich sind nur die Ziele und Lösungsansätze.

Boxengebühren und Remission

Bern ist eine von vielen Städten und Gemeinden, die in den vergangenen Jahren einen Einzelvertrag mit den Verlegern abschlossen. Die Hauptstadt regelt darin die Standorte und Gebühren für die 160 Verteilboxen im öffentlichen Raum und die Entsorgung alter Zeitungen. Die Handhabung von Letzterem haben die Herausgeber von «Blick am Abend» (Ringier) und «20 Minuten» (Tamedia) untereinander vereinbart: Wer die neuen Zeitungen liefert, nimmt im Rahmen einer Remissionskontrolle die alten mit. «Seither gibt es kaum mehr Papier, das Vandalen nachts in den Aussenquartieren verstreuen könnten», sagt der verantwortliche Projektleiter des Tiefbauamts der Stadt Bern, David Steiner. Die Remissionskontrolle habe auch dazu geführt, dass die Verleger der Gratiszeitungen die Auflage heute sehr genau steuerten, sodass die Boxen nachts meist leer sind, so Steiners Beobachtung. Heute konzentriert sich das achtlose Wegwerfen von Pendlerzeitungen vornehmlich auf das Areal um den Hauptbahnhof sowie die Busse und Trams der städtischen Verkehrsbetriebe. Ob die Kosten für die Entsorgung dieses Mülls durch die Gebühr von 500

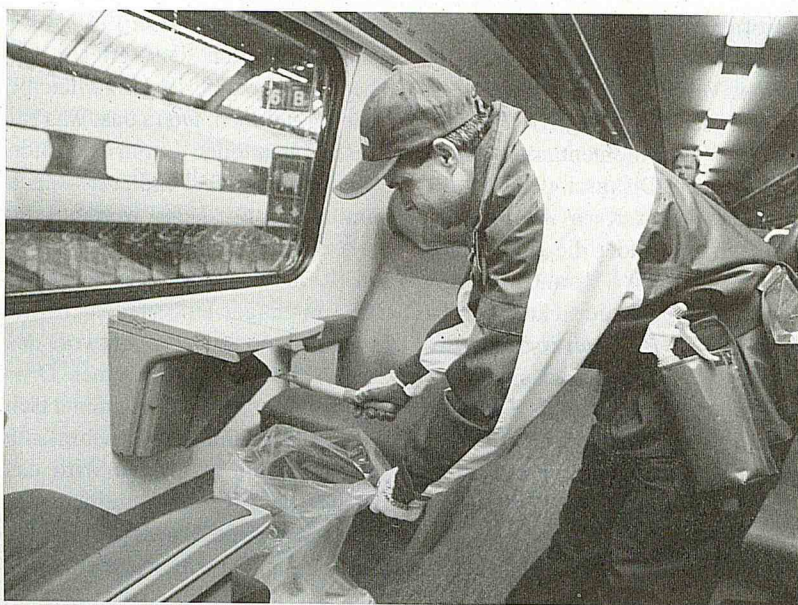


Foto: SBB

«20 Minuten» und «Blick am Abend» verstopfen die Abfallkübel und bleiben am Boden liegen – nicht nur im Zug.

Franken pro Verteilbox gedeckt sind, will Steiner nicht kommentieren.

Boom bringt neue Blätter

Alex Bukowiecki, Geschäftsführer der Fachorganisation Kommunale Infrastruktur, begrüsst einerseits die Verbesserungen, welche die Städte durch individuelle Verträge mit den Verlegern erreicht haben. Andererseits will er die momentane Entspannung als Folge des gesunkenen Angebots nicht überbewerten: «Der nächste Aufschwung kommt bestimmt, und mit ihm kommen neue Gratisblätter», ist Bukowiecki überzeugt. Um darauf vorbereitet zu sein, arbeitet der Verband an einer einheitlichen Vertragslösung mit den Verlegern.

Verursachergerecht entsorgen

Im Sinn von Gleichbehandlung und Transparenz findet Florian Erzinger, Littering-Verantwortlicher beim Bundesamt für Umwelt (BAFU), die Idee des Städteverbands grundsätzlich richtig. Vor allem Gemeinden

und Städte mit kleinem wirtschaftlichen Gewicht hätten so bessere Karten als bei Individuallösungen. Für Erzinger gibt es aber noch andere dringliche Handlungsfelder. Er visiert auch die vollumfängliche verursachergerechte Entsorgung an: Jede einzelne Pendlerzeitung soll über eine Rücknahmestruktur, beispielsweise mit Sammelbehältern an den Endstationen, durch die Gratiszeitungsverlage zurückgenommen und sachgemäss entsorgt beziehungsweise recycelt werden. Dagegen wehren sich die Verleger und die SBB mit dem Argument, zusätzliche Rücknahme-Boxen störten die Pendlerströme. Zudem befürchten sie laut Erzinger, dass in solchen Behältern auch anderer Abfall landen würde, den sie dann zu entsorgen hätten.

Wer ist verantwortlich?

Um trotz unterschiedlicher Ansichten im Gespräch zu bleiben, organisiert das BAFU seit 2008 regelmässig einen runden Tisch mit allen

**Karin Oetterli
Portmann**

Mit der Kapitulation mehrerer Pendlerzeitungen 2009 hat das damit verbundene Littering an Dringlichkeit verloren. Doch im Hintergrund wird weiter nach Lösungen gesucht. Denn der nächste Zeitungsfrühling kommt bestimmt.

VEG oder VRB?

pld. Bei den Pendlerzeitungen ist eine Vorgezogene Entsorgungsgebühr (VEG) im Gespräch, wie sie bei Batterien und Glasflaschen existiert. Die VEG wird vom Bund verfügt.

Denkbar ist auch eine Vorgezogener Recyclingbeitrag (VRB). Dieser wird auf freiwilliger Basis im Auftrag der Branchen erhoben, um die Kosten von Sammlung und Verwertung zu finanzieren.

Betroffenen und Verantwortlichen des Littering-Problems, also nicht nur mit Vertretern der Printmedien. Insbesondere der Begriff «Verantwortung» gebe momentan Anlass zu kontroversen Diskussionen, erklärt Erzinger: «Den Kern der Auseinandersetzung bildet die Frage nach der juristischen Verantwortung.» Oder anders ausgedrückt: Wer ist rechtlich gesehen Verursacher des gelitterten Abfalls, beispielsweise im Fall eines Alupapiers auf dem Trottoir? Der Kebabstand oder der Konsument, der die Verpackung seiner Mahlzeit fallengelassen hat? Zwischen der Stadt Bern und dem Detailhandel sei ein Rechtsverfahren zu dieser Frage hängig, dessen Ausgang auch für das BAFU grosse Bedeutung habe, so Erzinger.

Tamedia bezahlt Putzequipen

Bis es so weit ist, bleibt «20 Minuten»-Pressesprecherin Eliane Gräser lieber unverbindlich und verweist bei der Frage nach der Verantwortung auf die grösseren Zusammenhänge: «Littering ist ein gesellschaftliches Problem, dem wir nur mit Information und steuernden Massnahmen begegnen können.» Der Verlag engagiert sich deshalb bei der «Interessengemeinschaft für eine saubere Umwelt», die mit Plakatslogans wie «Was in der Boutique stört, stört auch in der Fussgängerzone» das Publikum zu einem anderen Abfallverhalten animieren will. Zudem hat «20 Minuten» die Zürcher Trams mit Zeitungsständern ausgerüstet, in die gelesene Pendlerzeitungen entsorgt werden können und wo andere Leser sich wieder bedienen. «Die Massnahme wirkt», sagt Gräser weiter. «Wir erreichen nirgends in der Schweiz so viele Leser pro Exemplar wie in Zürich.» Ausserdem finanziert «20 Minuten» Reinigungs-equipen in den Trams und Bussen.

Bundesrätliche Drohung

Trotzdem sollten die Verleger das Thema nicht auf die allzu leichte Schulter nehmen. Denn das, was für Glasflaschen oder Batterien schon gilt, ist auch für Pendlerzeitungen zumindest angedacht worden: die vorgezogene Entsorgungsgebühr. Im Juni 2008 reichte Nationalrat Christian van Singer eine entsprechende Interpellation ein. Die Antwort des Bundesrats endete mit einer Drohung: «Sollte sich am runden Tisch keine praktikable, einvernehmliche Lösung finden lassen, so wird das BAFU die Einführung einer vorgezogenen Entsorgungsgebühr für Gratiszeitungen vorbereiten.»

Thema bleibt aktuell

Florian Erzinger vom BAFU setzt statt auf eine solche Gebühr lieber auf eine einvernehmlich ausgehandelte Lösung. «Die Verleger würden eine solche Gebühr sehr wahrscheinlich nicht akzeptieren, solange die Frage nach der Verantwortung juristisch nicht geklärt ist.» Aber klar ist: Je nachdem, wie sich der Markt für Pendlerzeitungen entwickelt und sich das Littering-Problem erneut akzentuiert, könnte das Instrument wieder aufs Tapet kommen. Die Diskussionen über vorgezogene Entsorgungsgebühren bleiben also weiterhin pendent.



Von BAFU gewünscht, anderswo Realität: Rücknahmesystem für Pendlerblätter.